A1 October Core - Zwischen Laub, Lobbyismus und linken Utopien

Gremium:	Landesvorstand GJ Thüringen
Beschlussdatum:	21.09.2026
Tagesordnungspunkt:	3. Leitantrag

Antragstext

October Core - Zwischen Laub, Lobbyismus und linken Utopien

Es wird kälter in Europa, längst haben wir die Hitzewellen aus dem Sommer vergessen und die Bundesregierung möchte den lang angekündigten “Herbst der Reformen” umsetzen. Während also die Blätter fallen und Tageslicht rar wird, verdichten sich die Krisen in der Welt immer weiter. In den USA leben Männer ihr fragiles Ego aus und in Südamerika bahnt sich der stärkste El Niño der vergangenen Jahrzehnte an. Dabei erwärmt sich das Oberflächenwasser im östlichen und zentralen Pazifik ungewöhnlich stark, wodurch sich die normalen Wind- und Niederschlagsverhältnisse weltweit verändern. In Nepal kämpfen die Menschen mit den Folgen der starken Überschwemmungen und in Italien brennen ganze Wälder.

Historisch gesehen war der Herbst schon immer die Zeit des Zusammenrückens und der Organisierung. Wie kommen wir gut durch den Winter und wie vereinsamen wir nicht?

Vereinsamung hat System

Vereinsamung ist in dem System, in dem wir leben, quasi vorprogrammiert. Im Kapitalismus befinden sich die Produktionsmittel, wie Maschinen oder Fabriken, überwiegend in privatem Besitz. Menschen, die selbst nicht über finanzielle Mittel verfügen, um sich Produktionsmittel anzueignen, sind daher darauf angewiesen, ihre Arbeitskraft gegen Lohn zu verkaufen. Zwischen den Besitzer*innen der Produktionsmittel und den Lohnabhängigen besteht somit ein grundlegendes ökonomisches Ungleichverhältnis.

Kapitalistische Produktion bedeutet vor allem, dass Unternehmen ihr eingesetztes Kapital vermehren und Gewinne erzielen wollen. Deshalb müssen sie darauf achten, dass ihre Produktion rentabel (also wirtschaftlich lohnend) ist. Gleichzeitig stehen sie unter dem Druck, sich gegen andere Unternehmen auf dem Markt durchzusetzen. Aus diesem Verhältnis ergibt sich nach Karl Marx das Phänomen der Entfremdung und sogar der Vereinsamung. Arbeit dient unter diesen Bedingungen nämlich nicht der selbstbestimmten Verwirklichung, sondern vielmehr der Sicherung des eigenen Lebensunterhaltes. Das von den Arbeitenden geschaffene Produkt gehört nicht ihnen selbst, sondern steht ihnen als „fremdes“ Produkt gegenüber. Auch die Arbeitstätigkeit kann als fremdbestimmt und weniger als Ausdruck eigener persönlicher Entfaltung gesehen werden. Marx beschreibt die „unfreie“ Lebensgestaltung durch den kapitalistischen Charakter als Entfremdung des Menschen von seiner „eigenen Natur“, aber auch von anderen Menschen.

Diese Entfremdung von anderen Menschen ist maßgeblich für den Prozess der Vereinsamung. Wenn sich Menschen nämlich in ihren ökonomischen Beziehungen als Konkurrent*innen, Arbeitgeber*innen und Arbeitnehmer*innen gegenübertreten, besteht die Gefahr, dass soziale Beziehungen maßgeblich durch Konkurrenz und ökonomische Interessen geprägt werden. Bestimmte Strukturen in unserem System

begünstigen also Entfremdung und schaffen Bedingungen, unter denen Vereinsamung begünstigt werden kann.

Diese Entfremdung bezieht sich aber nicht nur auf unser Miteinander, sondern spiegelt sich auch in unserem Umgang mit unserer natürlichen Umwelt wider. Die Natur ist Ressource für Produktion und Verwertung von Waren. Denn wir alle wissen, die Produktion von Gütern benötigt Rohstoffe, Energie und Fläche und greift somit in den natürlichen Stoffkreislauf ein. Gleichzeitig „zwingt" unser System Unternehmen wirtschaftlich rentabel, gewinnmaximierend und markterweiternd zu sein.

Wie lässt sich ein auf fortlaufende wirtschaftliche Entwicklung und Profitmaximierung ausgerichtetes Wirtschaftssystem mit den endlichen Ressourcen und ökologischen Grenzen unseres Planeten vereinbaren?

Planetare Grenzen, globale Ungleichheit

Die Erde ist durch ihre ökologischen Grenzen nicht unendlich belastbar. Die Idee der planetaren Grenzen geht davon aus, dass die unterschiedlichen Grenzen, wie Wasser und Artenvielfalt miteinander verbunden sind. Sieben der neun Grenzen haben wir bereits überschritten, was das ökologische Gleichgewicht an seine Grenzen bringt. Das sehen wir bei der Klimakrise, aber auch an dem Artensterben. Im Kapitalismus steht immer wirtschaftliches Wachstum und Profit über den Erhalt unserer Lebensgrundlagen sowie den Schutz dieser Grenzen. Dabei wird die Natur zur Ressource und zum Produktionsfaktor gemacht. Schäden an ihr werden ausgelagert und oft von der Allgemeinheit getragen. Dabei ist das kein individuelles Versagen, sondern die Folge struktureller Überproduktion. Verantwortung dafür tragen aber nicht alle Menschen im gleichen Maß, sondern vor allem die Superreichen müssen sich ihrer Schuld bewusst werden, da sie überproportional Emissionen verursachen. Diese Menschengruppe trifft die Klimakrise am wenigsten. Die 15.800 Hitzetoten aus diesem Jahr kommen selten aus den klimatisierten Chefetagen, sondern aus der überhitzten Mietwohnung, wo Lüften nachts auch nichts mehr bringt, weil die Temperatur in den tropischen Nächten nicht unter 20°C fällt.

Daher sollten die Menschen, die mehr Ressourcen verbrauchen und mehr profitieren, auch stärker zur Transformation beitragen und endlich eine faire Vermögenssteuer zahlen. Es kann nicht sein, dass die Menschen, die in schweren ökonomisch-sozialen Situationen leben, die Klimafolgen am härtesten spüren. Wir brauchen ein Wirtschaftssystem, das sich an den Bedürfnissen der Menschen und den ökologischen Grenzen orientiert und nicht am Profit. Aber nicht nur inländisch zeichnet sich eine enorme Schere zwischen Arm und Reich ab.

Auch global zeichnet sich eine enorme Ungleichheit ab. Während der globale Norden (die kapitalistisches Zentrum bezeichnet) über Jahrhunderte quasi ungebremst Emissionen in die Luft gestoßen hat, wurde der globale Süden (die von der kapitalistisch Logik ausgebeuteten Länder und Regionen) durch (Neo-)Kolonialismus ausgebeutet. Dennoch sind insbesondere die ärmeren Bevölkerungsschichten in diesen Ländern die Hauptleidtragenden der Klimakrise. Sie verfügen über weniger finanzielle Mittel, um sich an Extremwettererscheinungen anzupassen.

„Grüner" Kapitalismus reicht nicht

Als Lösungsansatz für diese globale Ungerechtigkeit hat sich ein Narrativ eines „grünen“ ökologischen Kapitalismus etabliert. Dieser setzt alleinig auf erneuerbare Energien, wie Elektroautos, und soll Wirtschaftswachstum und Innovationen mit Klimaschutz vereinbaren. Technologische Innovationen und der Ausbau erneuerbarer Energien spielen in einem echten Transformationsprozess eine zweifelsfrei wichtige Rolle. Allerdings lösen diese Schritte nicht die grundlegenden und strukturell bedingten Ungerechtigkeiten, die in unserer Wirtschaftsweise begründet liegen. Denn die Arbeitsweise des Kapitalismus und der alleinige Fokus auf Profitmaximierung und Markterweiterung werden durch einen „grünen“ Kapitalismus nicht gelöst. Denn dabei stellt sich zeitgleich auch die Frage, wer überhaupt von ihm profitieren würde und wer die Kosten trägt. Wenn nämlich für neue Technologien Ressourcen aus dem globalen Süden extraktiviert (raubgebaut) werden oder die finanzielle Notlage der Menschen vor Ort ausgenutzt wird, um diese bspw. zum umweltschädlichen Lithium-Abbau oder gar zum gesundheitsschädlichen Abbau seltener Erden zu bewegen, verlagert sich ausschließlich der Ort der Ungerechtigkeit.

Es reicht deshalb nicht aus, den Kapitalismus lediglich „grüner“ zu gestalten. Wir müssen auch darüber sprechen, wem die Produktionsmittel gehören, wer über wirtschaftliche Entscheidungen bestimmt und wie die Gewinne und Kosten der Transformation verteilt werden. Genau hier zeigt sich, wie eng ökologische Fragen mit Macht und politischem Einfluss verbunden sind. Denn die Frage, wer von der Transformation profitiert und wer ihre Kosten trägt, ist untrennbar mit der Frage verbunden, wer überhaupt die Möglichkeit hat, politische Entscheidungen zu beeinflussen. Wer über große Vermögen und wirtschaftliche Macht verfügt, hat häufig mehr Möglichkeiten, Interessen durchzusetzen und politische Prozesse mitzugestalten. Klimaschutz steht dabei mächtigen wirtschaftlichen Interessen gegenüber, die von der bestehenden Wirtschaftsweise profitieren.

Wenn Klima auf Profitinteressen trifft

Auf der letzten Weltklimakonferenz vor einem Jahr (COP30) nahmen allerdings so viele fossile Lobbyvertreter*innen wie noch nie zuvor teil, circa 1600, was zu einer starken Raumeinnahme und Verschiebung der Prioritäten führte. Die Lobby war stärker vertreten als die zehn Länder, die durch die Erderwärmung am verwundbarsten sind, und ein großer Teil der Lobby-Vertreter*innen hatte sogar Zugang zu dem inneren Verhandlungszirkel. Diese Lobbyist*innen gehören oft zu Handels- und Wirtschaftsverbänden, die zu den Konferenzen “Beobachter*innen” entsenden dürfen. Einige Lobbyist*innen wurden tatsächlich direkt über Regierungsdelegierungen entsandt. Dadurch können sie Entscheidungsprozesse direkt beeinflussen und sorgen für die Beibehaltung der fossilen Energien.

Dass reiche Menschen mehr Einfluss auf politische Entscheidungen nehmen können, als der durchschnittliche Mensch, sehen wir regelmäßig. Eines dieser Beispiele dafür ist Jim Ratcliffe, der Gründer des britischen Chemiekonzerns Ineos und eines der reichsten Menschen Europas. Ratcliffe hat sich wiederholt gegen bestimmte Pläne der britischen Net-Zero-Politik ausgesprochen, zuletzt hat er Pläne der britischen Konservativen unterstützt, um bestimmte Net-Zero-Angaben abzuschaffen. Er hat ein direktes wirtschaftliches Interesse daran, dass fossile Rohstoffe und chemische Produktionen nicht zu stark eingegrenzt werden. Ein Projekt seiner Firma soll große Mengen Ethylen in Antwerpen für die Kunststoffproduktion herstellen und wird von Umweltorganisationen wegen seiner

langfristigen fossilen Abhängigkeit kritisiert. Währenddessen unterstützte die britische Regierung das Projekt mit einer Garantie von rund 600 Millionen Pfund. Das zeigt das viel zu enge Zusammenspiel von fossilen Lobbyist*innen und der Regierung.

Für eine solidarische Klimagerechtigkeit

Diese Beispiele zeigen: Die Klimakrise ist das Ergebnis politischer Entscheidungen und gesellschaftlicher Machtverhältnisse. Wenn fossile Konzerne und Superreiche ihre Interessen auf Kosten der Allgemeinheit durchsetzen können, braucht es eine grundlegende Veränderung dieser Verhältnisse. Klima-"schutz" darf nicht länger denjenigen überlassen werden, die von der Zerstörung unserer Lebensgrundlagen profitieren. Er muss sozial gerecht organisiert und demokratisch kontrolliert werden.

Wenn wir diese Verhältnisse verändern wollen, müssen wir Klimaschutz und soziale Sicherheit zusammendenken. Wer wenig hat, leidet zuerst und am stärksten unter den Folgen der Klimakrise. Das zeigen nicht nur die tausenden Hitzetoten, sondern auch steigende Mieten, höhere Energiekosten und die zunehmende Belastung durch Extremwetter. Das darf nicht so bleiben. Klimaschutz darf nicht gegen soziale Sicherheit ausgespielt werden, sondern muss mit ihr verbunden sein.

Wir brauchen deshalb eine solidarische Transformation, eine „Just Transition", bei der die Kosten des Umbaus nicht auf diejenigen abgewälzt werden, die ohnehin am wenigsten haben. Menschen in prekären Lebenslagen müssen entlastet und abgesichert werden, während diejenigen, die über große Vermögen verfügen und besonders stark von der bestehenden Wirtschaftsweise profitieren, stärker zur Finanzierung beitragen. Dazu gehören eine Übergewinnsteuer für Unternehmen, die in Krisen besonders hohe Gewinne erzielen, eine Erbschaftssteuer, die eine exzessive Vermögenskonzentration verhindert und eine gerechte Vermögenssteuer für die reichsten Menschen.

Die Einnahmen daraus müssen in eine soziale und ökologische Infrastruktur fließen: in einen starken und ausgebauten Sozialstaat, in bezahlbares Wohnen und in eine Wärmewende, die nicht dazu führt, dass Mieter*innen und Menschen mit geringem Einkommen ihre Wohnungen nicht mehr bezahlen können. Energetische Sanierungen dürfen nicht als Vorwand für Verdrängung und Mieterhöhungen dienen. Stattdessen müssen sie öffentlich gefördert, sozial gerecht umgesetzt und demokratisch kontrolliert werden.

Auch Mobilität muss für alle zugänglich sein. Ein kostenloser und flächendeckend ausgebauter öffentlicher Nahverkehr würde Menschen finanziell entlasten, Emissionen reduzieren und gesellschaftliche Teilhabe ermöglichen. Gleichzeitig muss die Bahn aus der Logik der Profitmaximierung herausgelöst und wieder als öffentliche Infrastruktur verstanden werden. Sie gehört in öffentliche Hand und muss zuverlässig, flächendeckend und für alle bezahlbar sein. Klimagerechtigkeit bedeutet darüber hinaus mehr als den Austausch fossiler Technologien gegen erneuerbare. Sie bedeutet, die Profitlogik zu überwinden und die Wirtschaft an den Bedürfnissen der Menschen sowie an den ökologischen Grenzen des Planeten auszurichten. Dazu gehört auch die Demokratisierung der Wirtschaft. Beschäftigte und die Gesellschaft müssen mitentscheiden können, was produziert wird, unter welchen Bedingungen produziert wird und wie die vorhandenen Ressourcen verteilt werden. Eine solidarische Transformation darf nicht von Konzerninteressen bestimmt werden, sondern muss demokratisch organisiert sein.

Eine solche Veränderung entsteht jedoch nicht allein durch politische Konzepte. Sie ist darauf angewiesen, dass Menschen sich zusammenschließen, sich gegenseitig unterstützen und ihre Interessen gemeinsam vertreten: im Betrieb, im Stadtteil, in der Schule, in der Nachbarschaft und in politischen Bündnissen. Gerade angesichts von Krisen und zunehmender Vereinzelung braucht es Räume, in denen Menschen sich austauschen, solidarisch organisieren und gemeinsam Handlungsmöglichkeiten entwickeln können. Wir wollen im anstehenden Verbandsjahr die Grüne Jugend Thüringen weiter zu einem Ort entwickeln, an dem dieser Austausch stattfinden und solidarische Vernetzung entstehen kann. Dafür möchten wir gezielt Gruppen ansprechen, die sich bisher nicht von uns angesprochen gefühlt haben, um möglichst viele Perspektiven zu inkludieren und zu organisieren.

Gegen die Vereinsamung, die in unserem System praktisch vorprogrammiert ist, hilft ein starkes Gemeinschaftsgefühl, das durch Solidarität miteinander und aufeinander achten, geprägt ist. Wir setzten den rechten Erzählungen konsequent linke Antworten entgegen, auch wenn es gerade schwerer wird und das (gesellschaftliche) Klima rauer wird. Wir behalten die Hoffnung, die durch unser gemeinsames Handeln entsteht, und tragen sie in die Breite der Gesellschaft weiter – in Bündnisse, in familiäre Gesprächen und in unserem Alltag. Dabei spielt Antikapitalismus als Grundsatz eine wichtige Voraussetzung für Klimagerechtigkeit und für linke Utopien.

Begründung

erfolgt im Antragstext und mündlich auf der Landesmitgliederversammlung

October Core - Zwischen Laub, Lobbyismus und linken Utopien

Es wird kälter in Europa.

Der Sommer ist vorbei.

Viele Menschen haben die heißen Tage aus dem Sommer schon vergessen.

Die Bundes-Regierung will den angekündigten „Herbst der Reformen“ umsetzen.

Eine Reform ist eine geplante Veränderung.

Im Herbst fallen die Blätter.

Im Herbst gibt es weniger Tages-Licht.

Gleichzeitig gibt es immer mehr Krisen auf der Welt.

In den USA zeigen manche Männer ein starkes Bedürfnis nach Macht.

In Süd-Amerika kündigt sich ein sehr starker El Niño an.

El Niño ist eine starke Erwärmung von Wasser im Pazifischen Ozean.

Das Wasser an der Oberfläche wird dort besonders warm.

Dadurch verändern sich Wind und Regen auf der ganzen Welt.

In Nepal leiden viele Menschen unter starken Über-Schwemmungen.

In Italien brennen große Wald-Flächen.

Der Herbst war schon oft eine Zeit der Gemeinschaft.

Menschen haben sich im Herbst zusammengetan.

Menschen haben sich gemeinsam organisiert.

Aber wie kommen wir gut durch den Winter?

Und wie verhindern wir Einsamkeit?

Vereinsamung hat System

Viele Menschen fühlen sich einsam.

Der Text sagt:

Unser Wirtschafts-System kann Einsamkeit fördern.

Unser Wirtschafts-System nennt man Kapitalismus.

Kapitalismus bedeutet:

Viele Firmen gehören privaten Besitzern.

Diese Firmen besitzen zum Beispiel Maschinen und Fabriken.

Maschinen und Fabriken nennt man Produktions-Mittel.

Menschen ohne eigenes Geld können Produktions-Mittel meistens nicht kaufen.

Diese Menschen müssen deshalb ihre Arbeits-Kraft verkaufen.

Dafür bekommen sie einen Lohn.

So entsteht ein Unterschied zwischen Menschen.

Einige Menschen besitzen Produktions-Mittel.

Andere Menschen arbeiten für einen Lohn.

Karl Marx hat diesen Unterschied untersucht.

Karl Marx war ein deutscher Denker.

Er hat viel über Kapitalismus geschrieben.

Firmen wollen mit ihrem Geld mehr Geld verdienen.

Firmen wollen deshalb Gewinne machen.

Eine Firma muss deshalb wirtschaftlich arbeiten.

Eine Firma muss sich außerdem gegen andere Firmen durchsetzen.

Karl Marx beschreibt daraus ein Problem.

Menschen können sich von ihrer Arbeit entfremdet fühlen.

Entfremdung bedeutet:

Ein Mensch fühlt sich seiner Arbeit fremd.

Ein Mensch fühlt sich auch anderen Menschen fremd.

Unter diesen Bedingungen arbeitet ein Mensch vor allem für seinen Lebens-Unterhalt.

Die Arbeit erfüllt dann nicht unbedingt die eigenen Wünsche.

Ein Mensch stellt bei der Arbeit ein Produkt her.

Das Produkt gehört danach meistens nicht dem Menschen.

Das Produkt gehört der Firma.

Auch die Arbeit wird oft von anderen Menschen bestimmt.

Der Mensch kann deshalb weniger selbst über seine Arbeit entscheiden.

Karl Marx nennt diesen Zustand Entfremdung.

Ein Mensch kann sich dabei von sich selbst entfernen.

Ein Mensch kann sich auch von anderen Menschen entfernen.

Diese Entfremdung kann Einsamkeit fördern.

Menschen begegnen sich im Arbeits-Leben oft als Konkurrenten.

Arbeit-Geber und Arbeit-Nehmer haben oft unterschiedliche Interessen.

Geld kann dabei eine wichtige Rolle spielen.

Konkurrenz kann dabei eine wichtige Rolle spielen.

Diese Bedingungen können soziale Beziehungen verändern.

Menschen können dadurch weniger Gemeinschaft erleben.

Bestimmte Strukturen in unserem Wirtschafts-System können also Einsamkeit fördern.

Die Entfremdung betrifft auch die Natur.

Firmen brauchen die Natur für ihre Produktion.

Firmen brauchen zum Beispiel Roh-Stoffe.

Firmen brauchen auch Energie.

Firmen brauchen außerdem Land und Wasser.

Die Produktion verändert deshalb die Natur.

Unser Wirtschafts-System verlangt von Firmen Gewinne.

Firmen wollen mehr verkaufen.

Firmen wollen ihren Markt vergrößern.

Darum entsteht eine wichtige Frage:

Wie passt ständiges Wirtschafts-Wachstum zu den Grenzen unserer Erde?

Planetare Grenzen und globale Ungleichheit

Die Erde kann nur eine bestimmte Belastung aushalten.

Fachleute sprechen dabei von planetaren Grenzen.

Planetare Grenzen sind Grenzen für die Belastung der Erde.

Dazu gehören zum Beispiel:

- Das Klima.
- Das Wasser.
- Die Arten-Vielfalt.
- Die natürlichen Stoff-Kreisläufe.

Diese Grenzen hängen zusammen.

Der Text sagt:

Sieben von neun planetaren Grenzen sind bereits überschritten.

Das verändert das Gleichgewicht der Natur.

Wir sehen die Folgen zum Beispiel bei der Klima-Krise.

Wir sehen die Folgen auch beim Arten-Sterben.

Im Kapitalismus steht Wirtschafts-Wachstum oft im Mittelpunkt.

Viele Firmen wollen vor allem Gewinne machen.

Der Schutz unserer Lebens-Grundlagen bekommt dabei weniger Bedeutung.

Die Natur liefert Roh-Stoffe für die Produktion.

Firmen nutzen die Natur deshalb als Teil ihrer Produktion.

Schäden an der Natur werden oft von vielen Menschen gemeinsam getragen.

Der Text beschreibt das als Folge der Über-Produktion.

Nicht alle Menschen tragen dafür gleich viel Verantwortung.

Sehr reiche Menschen verbrauchen besonders viele Ressourcen.

Sehr reiche Menschen verursachen deshalb oft besonders viele Emissionen.

Emissionen sind Stoffe, die zum Beispiel bei der Verbrennung entstehen.

Ein Beispiel dafür ist Kohlen-Dioxid.

Sehr reiche Menschen leiden oft weniger unter der Klima-Krise.

Menschen mit wenig Geld leiden oft stärker unter der Klima-Krise.

Sehr heiße Wohnungen können für diese Menschen besonders gefährlich sein.

Eine Wohnung kann sich auch nachts stark aufheizen.

Die Temperatur kann nachts über 20 Grad bleiben.

Für viele Menschen ist eine gute Kühlung zu teuer.

Der Text fordert deshalb eine gerechte Verteilung der Kosten.

Menschen mit einem hohen Verbrauch sollen mehr beitragen.

Menschen mit großen Vermögen sollen mehr beitragen.

Dazu gehört nach Ansicht des Textes eine gerechte Vermögens-Steuer.

Menschen mit wenig Geld sollen besser geschützt werden.

Der Text fordert ein Wirtschafts-System für die Bedürfnisse der Menschen.

Das Wirtschafts-System soll auch die Grenzen der Erde beachten.

Gewinne sollen nicht das wichtigste Ziel sein.

Auch zwischen Ländern gibt es große Unterschiede.

Der globale Norden hat über viele Jahrzehnte sehr viele Treibhaus-Gase ausgestoßen.

Zum globalen Norden gehören viele reiche Länder.

Der globale Süden umfasst viele ärmere Länder und Regionen.

Viele Länder im globalen Süden wurden über lange Zeit ausgebeutet.

Dabei spielte Kolonialismus eine wichtige Rolle.

Kolonialismus bedeutet:

Ein mächtiges Land beherrscht ein anderes Land.

Das mächtige Land nutzt dabei oft die Menschen und Roh-Stoffe des anderen Landes.

Auch nach dem Ende des Kolonialismus bestehen manche dieser Strukturen weiter.

Menschen im globalen Süden leiden besonders unter der Klima-Krise.

Ärmere Menschen können sich oft schlechter gegen extremes Wetter schützen.

Ihnen fehlt dafür häufig das nötige Geld.

„Grüner“ Kapitalismus reicht nicht

Viele Menschen sehen einen „grünen“ Kapitalismus als Lösung für die Klima-Krise.

Grüner Kapitalismus bedeutet:

Die Wirtschaft soll weiter wachsen.

Gleichzeitig sollen Firmen umwelt-freundlicher arbeiten.

Dazu gehören erneuerbare Energien.

Dazu gehören zum Beispiel:

- Wind-Kraft.
- Sonnen-Energie.
- Elektro-Autos.

Neue Technik kann beim Klima-Schutz helfen.

Erneuerbare Energien können ebenfalls beim Klima-Schutz helfen.

Diese Maßnahmen lösen aber nicht alle Probleme.

Die grundlegenden Regeln unseres Wirtschafts-Systems bleiben bestehen.

Viele Firmen wollen weiterhin vor allem Gewinne machen.

Viele Firmen wollen weiterhin ihre Märkte vergrößern.

Deshalb bleiben wichtige Fragen:

Wer verdient mit den neuen Technologien Geld?

Wer bezahlt die Kosten?

Für neue Technologien braucht man viele Roh-Stoffe.

Einige Roh-Stoffe kommen aus dem globalen Süden.

Firmen bauen dort Roh-Stoffe teilweise unter schlechten Bedingungen ab.

Diesen Abbau nennt man Raub-Bau.

Beim Raub-Bau werden natürliche Roh-Stoffe sehr stark genutzt.

Ein Beispiel ist der Abbau von Lithium.

Lithium braucht man zum Beispiel für viele Batterien.

Auch seltene Erden braucht man für neue Technologien.

Der Abbau dieser Roh-Stoffe kann Menschen und Umwelt schädigen.

Arme Menschen können dadurch zusätzlichen Druck erleben.

Die Ungerechtigkeit verschwindet dadurch nicht.

Sie verschiebt sich nur an einen anderen Ort.

Deshalb reicht ein grüner Kapitalismus allein nicht aus.

Wir müssen auch über die Produktions-Mittel sprechen.

Wir müssen fragen:

Wem gehören die Produktions-Mittel?

Wer entscheidet über die Wirtschaft?

Wer bekommt die Gewinne?

Wer bezahlt die Kosten?

Wer entscheidet über den Umbau der Wirtschaft?

Diese Fragen haben auch mit Politik zu tun.

Reiche Menschen besitzen oft viel wirtschaftliche Macht.

Sie können deshalb oft ihre Interessen besser vertreten.

Sie können auch politischen Einfluss ausüben.

Klima-Schutz trifft deshalb auf starke wirtschaftliche Interessen.

Einige Firmen verdienen mit der bisherigen Wirtschafts-Weise viel Geld.

Diese Firmen haben deshalb ein Interesse am bisherigen System.

Wenn Klima auf Profit-Interessen trifft

Auf der letzten Welt-Klima-Konferenz gab es viele Vertreter aus der fossilen Industrie.

Die Konferenz heißt COP30.

COP bedeutet Welt-Klima-Konferenz.

Viele Vertreter von Unternehmen und Wirtschafts-Verbänden nahmen daran teil.

Diese Menschen nennt man Lobbyisten.

Lobbyisten vertreten die Interessen bestimmter Gruppen.

Die Lobby der fossilen Industrie war dort sehr stark vertreten.

Die Lobby hatte dort mehr Vertreter als zehn besonders gefährdete Länder.

Einige Lobbyisten konnten sogar an wichtigen Gesprächen teilnehmen.

Viele Lobbyisten arbeiten für Handels-Verbände oder Wirtschafts-Verbände.

Diese Verbände dürfen Vertreter zu den Konferenzen schicken.

Manche Lobbyisten kamen auch direkt mit Regierungs-Delegationen.

Dadurch können Lobbyisten politische Entscheidungen beeinflussen.

Sie können sich zum Beispiel für fossile Energie einsetzen.

Fossile Energie kommt aus Kohle, Erdöl oder Erdgas.

Reiche Menschen können ebenfalls politischen Einfluss haben.

Ein Beispiel dafür ist Jim Ratcliffe.

Jim Ratcliffe gründete den britischen Chemie-Konzern Ineos.

Er gehört zu den sehr reichen Menschen in Europa.

Ratcliffe hat sich mehrfach gegen bestimmte Klima-Pläne in Groß-Britannien ausgesprochen.

Er unterstützte auch Pläne der britischen Konservativen.

Diese Pläne sollten bestimmte Klima-Ziele abschaffen.

Ratcliffe hat ein wirtschaftliches Interesse an fossilen Roh-Stoffen.

Sein Unternehmen arbeitet auch mit Chemie-Produktion.

Ein Projekt von Ineos soll in Antwerpen viel Ethylen herstellen.

Ethylen ist ein Stoff für die Herstellung von Kunststoff.

Umwelt-Organisationen kritisieren dieses Projekt.

Sie sehen darin eine langfristige Abhängigkeit von fossilen Roh-Stoffen.

Die britische Regierung unterstützte das Projekt mit einer Garantie.

Die Garantie beträgt ungefähr 600 Millionen Pfund.

Dieses Beispiel zeigt ein enges Verhältnis zwischen fossiler Lobby und Regierung.

Für eine solidarische Klima-Gerechtigkeit

Die Beispiele zeigen politische und wirtschaftliche Probleme.

Politische Entscheidungen beeinflussen die Klima-Krise.

Auch Macht-Verhältnisse beeinflussen die Klima-Krise.

Fossile Unternehmen haben wirtschaftliche Interessen.

Sehr reiche Menschen haben ebenfalls wirtschaftliche Interessen.

Diese Interessen können mit dem Schutz der Natur zusammenstoßen.

Der Text fordert deshalb eine grundlegende Veränderung.

Klima-Schutz soll sozial gerecht sein.

Klima-Schutz soll demokratisch kontrolliert werden.

Menschen sollen über Klima-Schutz mitentscheiden können.

Klima-Schutz soll nicht nur den Interessen großer Firmen folgen.

Soziale Sicherheit und Klima-Schutz gehören zusammen.

Menschen mit wenig Geld leiden oft besonders stark unter der Klima-Krise.

Sehr heiße Tage können für diese Menschen gefährlich sein.

Steigende Mieten können Menschen zusätzlich belasten.

Höhere Energie-Kosten können Menschen ebenfalls belasten.

Extremes Wetter kann zusätzliche Probleme verursachen.

Klima-Schutz darf Menschen mit wenig Geld deshalb nicht zusätzlich belasten.

Klima-Schutz soll soziale Sicherheit stärken.

Dafür braucht es eine gerechte Veränderung der Wirtschaft.

Man nennt diese Veränderung auch „Just Transition“.

Just Transition bedeutet gerechter Übergang.

Der Umbau der Wirtschaft soll gerecht sein.

Menschen mit wenig Geld sollen Schutz bekommen.

Menschen mit wenig Geld sollen weniger Kosten tragen.

Sehr reiche Menschen sollen stärker zur Finanzierung beitragen.

Der Text nennt dafür mehrere Möglichkeiten:

- Eine Über-Gewinn-Steuer für Unternehmen.
- Eine Erbschafts-Steuer.
- Eine gerechte Vermögens-Steuer für sehr reiche Menschen.

Eine Über-Gewinn-Steuer betrifft besonders hohe Gewinne von Unternehmen.

Eine Erbschafts-Steuer wird auf große Erbschaften erhoben.

Eine Vermögens-Steuer betrifft große Vermögen.

Das Geld aus diesen Steuern soll der Gesellschaft helfen.

Das Geld soll zum Beispiel in diese Bereiche fließen:

- In einen starken Sozial-Staat.
- In bezahlbare Wohnungen.
- In eine bessere Wärme-Versorgung.
- In eine umwelt-freundliche Infrastruktur.

Der Sozial-Staat unterstützt Menschen in schwierigen Lebens-Lagen.

Wohnungen sollen für Menschen mit wenig Geld bezahlbar bleiben.

Häuser und Wohnungen sollen weniger Energie verbrauchen.

Diese Veränderung nennt man Wärme-Wende.

Eine Wärme-Wende darf Menschen mit wenig Geld nicht überfordern.

Mieter sollen ihre Wohnungen weiterhin bezahlen können.

Energetische Sanierungen dürfen nicht zu Verdrängung führen.

Eine energetische Sanierung verbessert den Energie-Verbrauch eines Gebäudes.

Vermieter dürfen diese Sanierung nicht einfach für starke Miet-Erhöhungen nutzen.

Der Staat soll solche Sanierungen fördern.

Die Menschen sollen bei diesen Entscheidungen mitbestimmen.

Auch Mobilität soll für alle Menschen möglich sein.

Menschen brauchen Busse und Bahnen.

Ein kostenloser öffentlicher Nah-Verkehr kann Menschen finanziell entlasten.

Ein guter Nah-Verkehr kann auch Emissionen verringern.

Ein guter Nah-Verkehr kann Menschen gesellschaftliche Teilhabe ermöglichen.

Die Bahn soll nicht vor allem Gewinne machen.

Die Bahn soll eine öffentliche Infrastruktur sein.

Eine öffentliche Infrastruktur gehört der Allgemeinheit.

Die Bahn soll deshalb zuverlässig sein.

Die Bahn soll überall erreichbar sein.

Die Bahn soll für alle Menschen bezahlbar sein.

Klima-Gerechtigkeit bedeutet mehr als neue Technik.

Klima-Gerechtigkeit bedeutet auch eine Veränderung der Wirtschaft.

Die Wirtschaft soll sich an den Bedürfnissen der Menschen orientieren.

Die Wirtschaft soll die Grenzen der Erde beachten.

Auch die Wirtschaft soll demokratischer werden.

Beschäftigte sollen bei wirtschaftlichen Entscheidungen mitbestimmen.

Auch die Gesellschaft soll mitbestimmen.

Menschen sollen gemeinsam über wichtige Fragen entscheiden.

Dazu gehören zum Beispiel:

- Was produzieren wir?
- Unter welchen Bedingungen produzieren wir?
- Wie verteilen wir Roh-Stoffe?
- Wie verteilen wir andere Ressourcen?

Eine solidarische Veränderung soll nicht nur von großen Firmen bestimmt werden.

Menschen sollen gemeinsam über die Veränderung entscheiden.

Politische Konzepte allein reichen dafür nicht.

Menschen müssen sich zusammenschließen.

Menschen müssen sich gegenseitig unterstützen.

Menschen müssen ihre Interessen gemeinsam vertreten.

Das kann an vielen Orten passieren:

- Im Betrieb.
- Im Stadt-Teil.
- In der Schule.
- In der Nachbarschaft.
- In politischen Bündnissen.

Krisen können Menschen voneinander trennen.

Einsamkeit kann dadurch stärker werden.

Menschen brauchen deshalb Orte für Gemeinschaft.

Dort können Menschen miteinander sprechen.

Dort können Menschen sich gegenseitig unterstützen.

Dort können Menschen gemeinsam Lösungen entwickeln.

Gemeinschaft kann gegen Einsamkeit helfen.

Solidarität kann Gemeinschaft stärken.

Solidarität bedeutet:

Menschen helfen einander.

Menschen achten aufeinander.

Menschen vertreten gemeinsame Interessen.

Der Text fordert linke Antworten auf rechte politische Erzählungen.

Der Text möchte diese Antworten auch in schwierigen Zeiten vertreten.

Der Text setzt dabei auf Hoffnung.

Gemeinsames Handeln kann Hoffnung geben.

Menschen können diese Hoffnung weitergeben.

Das kann in politischen Bündnissen geschehen.

Das kann in Familien geschehen.

Das kann im Alltag geschehen.

Der Text sieht Antikapitalismus als wichtigen Grundsatz.

Antikapitalismus bedeutet:

Menschen lehnen den Kapitalismus als Wirtschafts-System ab.

Der Text verbindet Antikapitalismus mit Klima-Gerechtigkeit.

Der Text verbindet Antikapitalismus auch mit linken Utopien.

Eine Utopie beschreibt eine Vorstellung von einer besseren Gesellschaft.